

UNIRANKINGS

Rektoren gegen Methoden des Uni-Rankings

Eine Studie der **Universitätenkonferenz** kritisiert die Methoden zur Reihung von Universitäten weltweit.

Von Thomas Götz

Harald Kainz, der **Rektor** der **TU Graz**, ärgert sich schon lange über Rankings für **Universitäten** und ihre Interpretation. Seine Initiative, diesem neuen Phänomen in einer Studie auf den Grund zu gehen, griff die **Universitätenkonferenz (uniko)** auf. Am Mittwoch präsentierte Johannes Sorz von der Universität Wien die Ergebnisse, die Fundamentalkritik an Methoden und Kriterien der meisten Vergleichsstudien übt.

Mit einem Bild macht Sorz die Problematik anschaulich: Da trete ein Sportwagen gegen einen Bus an, der 80 Leute zu transportieren habe, nötigenfalls auch im Anhänger. Wenig überraschend fährt dann der Sportwagen zuerst über die Ziellinie.

Da die meisten Rankings vorrangig auf Publikationshäufigkeit und Zitierung, we-



Der Initiator:
Harald Kainz,
TU Graz PAJMAN



Auftraggeber:
uniko-Chef Oliver Vitouch APA

niger auf die Qualität der Lehre abstellen, erweise sich der freie Hochschulzugang in Österreich als Nachteil. Die hohe Zahl der Studierenden erschwere die Forschung und führe zu ungünstigen Betreuungsverhältnissen. Außerdem kritisiert die Studie das verwendete Datenmaterial. Die benutzten Publikationsdatenbanken seien unvollständig und auf englische Veröffentlichungen fokussiert.

In der Diskussion begrüßten Kainz und Oliver Vitouch, der **Präsident der uniko** und Klagenfurter Rektor, die von der Regierung geplante Studienplatzfinanzierung. Mittelfristig könnte sich dadurch das Betreuungsverhältnis verbessern, was sich indirekt auch in den Rankings positiv niederschlagen würde. Barbara Sporn von der WU Wien forderte darüber hinaus eine bessere Fokussierung der eingesetzten Geldmittel.

SALZBURG

Schaden angeklagt

Im Salzburger Finanzskandal hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft nun beim Landesgericht Salzburg Anklage gegen Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ), den früheren Finanzreferenten des Landes, Othmar Raus (SPÖ), Monika Rathgeber und vier weitere Personen erhoben. Vorgeworfen wird ihnen das Verbrechen der Untreue. Der Strafraum beträgt ein bis zehn Jahre Haft.

LAIBACH

Klagsandrohung

Wegen der Probleme, die das neue österreichische Gesetz zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping für slowenische Unternehmen in Österreich verursacht, stellt Slowenien als „äußerste Maßnahme“ nun eine Klage gegen Österreich vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Aussicht. Ehe man zu diesem Mittel greife, wolle man aber versuchen, eine bilaterale Lösung zu finden, heißt es aus Laibach.

Von Norbert Swoboda

Im neuen Regierungsübereinkommen wurde auch die Aufrüstung der **Universitäten** beschlossen. Die Qualität soll unter anderem durch eine künftige Studienplatzfinanzierung gewährleistet sein. Ein paar Fakten und Fragen dazu.

1 Wie viele Studierende und Lehrende gibt es auf der Ebene der Hochschulen und Universitäten?

Derzeit sind rund 310.000 Studierende an den Unis (davon rund 60.000 EU-Ausländer), 50.000 an den Fachhochschulen und 15.000 an Pädagogischen Hochschulen inskribiert. Jährlich werden etwa 55.000 Studienabschlüsse erworben. Rund 45.000 Reifeprüfungen (bzw. vergleichbare Schulabschlüsse) werden jährlich gezählt. Lehrende gibt es an den Universitäten etwa 40.000, an den Hochschulen weitere 25.000. An Bildungsausgaben gibt die Statistik Austria rund vier Milliarden Euro für Universitäten, 330 Millionen für Fachhochschulen und 220 Millionen für Pädagogische Hochschulen an.

2 Was ist Studienplatzfinanzierung und wo gibt es sie?

Bei der Studienplatzfinanzierung wird zunächst die Zahl der Studienplätze pro Fach und In-

stitution festgelegt sowie die Höhe der Kosten pro Studienplatz. Dies wird der Institution zugewiesen. In Österreich funktioniert das System seit gut 20 Jahren bei den Fachhochschulen so. Studien müssen regelmäßig evaluiert werden, die Zahl der genehmigten Studienplätze hängt unter anderem von der (vermuteten) Nachfrage ab.

3 Wie werden die Studienplätze der Universitäten derzeit finanziert?

Im Wesentlichen durch ein sogenanntes Globalbudget, das der Staat für jeweils drei Jahre mit den Universitäten aushandelt. Dabei spielen verschiedene Kriterien eine Rolle, darunter auch die Zahl der Studierenden in einem Fach. Die Universitäten müssen die Mittel im Rahmen ihrer Autonomie auf die Studiengänge verteilen. Die Zahl der Studierenden steht wegen des freien Hochschulzuges nicht fest. Das führt zu Planungsschwierigkeiten und Engpässen mancherorts.

4 Was versteht man unter Zugangsbeschränkungen?

Zugangsbeschränkungen sind immer notwendig, wenn die Anzahl der Studienplätze kleiner ist als die Nachfrage von den Maturanten. In Österreich versteht man heute darunter

